

B.A.T FREIZEIT- FORSCHUNGSINSTITUT VERÖFFENTLICHT  
STUDIE ZUR ZUKUNFT DEUTSCHLANDS BIS ZUM JAHR 2020

## WAS TUN, DEUTSCHLAND? UNSERE ZUKUNFTSFÄHIGKEIT AUF DEM PRÜFSTAND

Die Zukunft Deutschlands hat zwei Gesichter: Auf der einen Seite ist kein schnelles Ende der andauernden Strukturkrise mit spürbaren Folgen insbesondere für die Sozialversicherungssysteme in Sicht. Beim Gedanken an die Zukunft der nächsten zehn bis zwanzig Jahre machen den Deutschen Arbeitslosigkeit (83%), Gesundheitsvorsorge (68%), Kriminalität (59%), Terrorismus (58%), Mindestrente (57%) und Preissteigerungen (55%) am meisten Sorgen. Andererseits wächst die Bereitschaft der Bundesbürger, sich vom Obrigkeitsstaat als Macher, Versorger und Verteiler zu verabschieden und statt auf staatliche Leistungen mehr auf Eigenleistungen zu vertrauen. Die Leistungsgesellschaft (63%) und nicht die Anspruchsgesellschaft (34%) bestimmt nach Ansicht der Bevölkerung die weitere Entwicklung in Deutschland. Dies geht aus einer repräsentativen Studie des B.A.T Freizeit-Forschungsinstituts hervor, die Prof. Dr. Horst W. Opaschowski, der Autor und Wissenschaftliche Leiter des Instituts, heute in Berlin vorstellte.

Die auch als Buch unter dem Titel „Deutschland 2020“ (VS Verlag für Sozialwissenschaften, 520 Seiten, 39,90 €, ISBN 3-8100-4168-8) veröffentlichte Studie weist nach: Der Gesellschaft geht die Arbeit aus, dem Staat das Geld. Bisher versprach die Politik allen Bürgern ein Leben im Wohlstand. Doch Deutschland kann sich seines Wohlstands nicht mehr sicher sein. Der Lebensstandard sinkt. Die Deutschen werden ärmer. Die erreichte Lebensqualität ist infragegestellt. „Nicht Ladenschluss, Sonntagsöffnung oder Servicewüste sind die beherrschenden Themen“, so Institutsleiter Opaschowski. „Im Zentrum der gesellschaftlichen Diskussion steht mehr soziales Wohlbefinden als Wohlstandssteigerung, mehr Rentensicherung als Friedenssicherung, mehr Kriminalitätsbekämpfung als Bekämpfung der Umweltproblematik.“

### DEUTSCHLAND 2020: DAS RISIKOPROFIL

Die Angst vor einer ungesicherten Zukunft wächst. „Der Sozialstaat kippt“, meinen 43 Prozent der deutschen Bevölkerung. Und für eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger ist inzwischen klar, dass es „in Zukunft viel schwieriger ist, ebenso abgesichert und im Wohlstand zu leben“ (56%) wie heute. Der Stimmungswandel in der Bevölkerung weist die Politik auf dringende Handlungsbe

#### Herausgeber

BAT Freizeit-Forschungsinstitut GmbH  
Alsterufer 4  
20354 Hamburg

#### Wissenschaftlicher Leiter

Prof. Dr. Horst W. Opaschowski

#### Kontakt

Dr. Ulrich Reinhardt  
Telefon (040) 4151-2448  
www.bat.de  
freizeitforschung@bat.de

darfe hin. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt für die Bürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe der Gegenwart. Aber als weitere vordringlich zu lösende Probleme kommen die Sicherung der Gesundheitsvorsorge, die Bekämpfung der Kriminalität wie auch des Terrorismus hinzu.

Aus der Sicht der Bevölkerung gleicht das künftige Risikoprofil einem Konfliktfeld mit weitreichenden ökonomischen Folgen und sozialem Zündstoff. Ostdeutsche befürchten mehr als Westdeutsche die Ausbreitung von Armut (52% – Westdeutsche: 42%) sowie die Entstehung einer Zweiklassengesellschaft (48% – Westdeutsche: 38%). Die Westdeutschen hingegen bangen, ihren erreichten Wohlstand zu verlieren, der ihnen im Alter vielleicht nur noch eine Mindestrente (59% – Ostdeutsche: 50%) beschert. Die unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen im Osten und im Westen drohen im eigenen Land neue Armuts- und Wohlstandsgrenzen zu schaffen, die ebenso sichtbar wie spürbar werden können.

„Weitgehend einig sind sich die Bundesbürger nur in einem: Es wird ihnen in Zukunft sicher nicht besser gehen als heute“, so Professor Opaschowski.

„Eher werden sie sich schlechter fühlen und den Eindruck haben, dass sie ärmer werden und einen Teil ihrer Lebensqualität verlieren.“ Die zusätzliche Angst vor Terrorismus (58%) und Kriminalität (59%) lässt andere Probleme in den Hintergrund treten: Umweltbelastung (35%), Bildungskrise (17%) oder die Ausbreitung von Epidemien wie Aids oder SARS (10%) sind objektiv vorhanden, belasten die Menschen aber subjektiv weniger.

Die ökonomischen und sozialen Veränderungen werden derzeit persönlich als so bedrohlich empfunden, weil der Lebensstandard der Deutschen in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren noch weiter sinken wird. Professor Opaschowski:

„Die Wohlstandseinbußen werden spürbar und schmerzhaft sein. Wenn der Wohlstand auf breiter Ebene sinkt, ist auch der Wohlfahrtsstaat gefährdet.“ Die Lebensqualitätsfrage stellt sich neu: Eine Verschiebung vom Nur-Haben-Wollen zum Nicht-Verlieren-Wollen zeichnet sich ab. Niemand will am Ende zu den Verlierern gehören.

## DEUTSCHLAND 2020: DAS CHANCENPROFIL

„Das Verständnis von Staat ändert sich grundlegend. Die Deutschen nehmen Abschied vom Obrigkeitsstaat“, so Professor Opaschowski. Das jahrzehntelang fast grenzenlose Vertrauen in eine Staatsform, bei der die politische Macht überwiegend von der Regierung ausgeht, ist erschüttert. Für den Schutz vor den Risiken des Lebens wie Krankheit, Alter und Pflegebedürftigkeit ist immer weniger der Staat und immer mehr der einzelne Bürger selbst verantwortlich. Im gleichen Maße, wie die Fürsorgeleistungen des Staates zurückgehen, neh

men die Eigenleistungen der Bürger zu. „Sie wollen wieder aus eigener Kraft das erreichte Wohlstands- und Wohlfahrtsniveau halten“, so die Einschätzung von Institutsleiter Opaschowski.

Staat und staatliche Institutionen verlieren bei der Zukunftsvorsorge und Sicherung der Sozialsysteme an Glaubwürdigkeit, während gleichzeitig die Bedeutung von lokalen Bürgerinitiativen bis hin zu globalen Verbraucherschutz- und Umweltorganisationen wächst. Neue Formen direkter Demokratie entwickeln sich bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust der repräsentativen, d.h. durch gewählte Abgeordnete vertretenen Demokratie. Beide sind jetzt für die Erledigung der gemeinsamen sozialen Aufgaben („welfare mix“) verantwortlich. Die aktive (Mit-)Beteiligung der Bürger ist gefordert. Der Staat als Ausgabenmaschine hat ausgedient. Die Bürger erkennen, dass der Staat keine sozialen Wohltaten mehr zu verteilen hat.

Auch die Verbraucher-Rolle ändert sich. Die Bundesbürger sehen in ihrer Rolle als Verbraucher wieder etwas positiver in die Zukunft. Die Befürchtungen aus den achtziger Jahren, dass der Konsum Stresscharakter bekommt und dem Diktat des Immer-Mehr unterliegt, erfüllen sich offensichtlich nicht. Mehr Eigeninitiative als Konsumhaltung – das soll die Handlungsleitlinie der Bürger in Zukunft sein. Das Vertrauen der Menschen wächst (1986: 39% - 2003: 44%), künftig das eigene Leben wieder mehr „selbst aktiv gestalten und eigene Ideen und Initiativen entwickeln“ zu können. Die Gleichsetzung von „Konsum“ mit „Passivität“ ist überholt.

Statt den Wohlstandsillusionen der Nachkriegszeit nachzutruern oder die andauernde Sozialstaatskrise einfach auszusitzen, machen sich die Bürger zu aktiven Prosumenten, indem sie in ihrer Rolle als Produzenten *und* Konsumenten für ihren materiellen Wohlstand und ihr soziales Wohlbefinden selber sorgen und Verantwortung tragen. Von Konsumverzicht wollen sie wenig wissen, von Verschwendung auch nichts, dafür umso mehr von der Werthaltigkeit des Konsums. Und wertvoll wird in Zukunft vor allem das sein, was man nicht teuer erkaufen muss. Ehemals satte Erlebniskonsumenten müssen abspecken, werden ein wenig schlanker und hoffen weiter auf gute Zeiten.

Die Lebenskompetenzen der Bürger ändern sich. Selbstständigkeit und Eigenverantwortung bekommen in der Persönlichkeitsentwicklung einen immer größeren Stellenwert. Professor Opaschowski: „Das Selbsthilfeprinzip bürgert sich wieder ein: Hilf dir selbst, bevor der Staat dir hilft. Und meistere dein Leben aus eigener Kraft!“ Der Staat soll nur dafür Sorge tragen, dass die Bürger dazu auch in der Lage sind. Für ihre eigene Wohlfahrt sind die Bürger selbst verantwortlich. Der Staat als Macher und Versorger ist infragegestellt. Jetzt ist mehr seine aktivierende Rolle als Impulsgeber gefragt. Den Bürgern wird klar, dass sie nicht mehr auf den fürsorgenden Wohlfahrtsstaat zählen können, sondern selber für

sich sorgen müssen. Damit verbunden ist ein grundlegender Wandel in der Staatsbürger-Rolle. Die Initiative geht wieder mehr vom Volk aus.

## DIE RÜCKKEHR DES LEISTUNGSPRINZIPS: JUNGE GENERATION ALS HOFFNUNGSTRÄGER

Fast zwei Drittel der Bevölkerung (63%) vertreten die Auffassung, dass mittlerweile die Leistungsgesellschaft die bundesdeutsche Wirklichkeit am treffendsten beschreibt. Mit dem Begriff Leistungsgesellschaft kann sehr viel umfassender jede Form von gesellschaftlicher Leistung zum Ausdruck gebracht werden. Die Bevölkerung hat offenbar ein Gespür dafür, was im Berufsleben genauso zählt wie im privaten Bereich: Soziale Anerkennung verdient, wer im Leben etwas leistet.

Insbesondere die junge Generation befindet sich derzeit auf dem Wege zu einer neuen Lebensbalance. Leistung und Lebensgenuss sind für sie keine Gegensätze mehr. Die befürchtete Leistungsverweigerung der Jugend findet nicht statt. Ganz im Gegenteil: Die Leistungsorientierung nimmt wieder deutlich zu (1986 34% - 1992: 35% - 1996: 37% - 2003: 42%). Die Leistungssteigerungen der letzten zwei Jahrzehnte lassen auch für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre erwarten: Die junge Generation startet durch. Wie nie zuvor in den letzten dreißig Jahren wächst eine junge Generation nach, die sich zunehmend durch Leistung definiert (Prognose für 2010: 45% - 2020: 50%). Statt Unlust an der Leistung heißt es: Mehr Lust auf Leistung.

„Die neue Leistungslust ist nicht mehr zentral an Erwerbsarbeit gebunden, kann vielmehr in allen Lebensbereichen erbracht werden“, so Professor Opaschowski. „Das ist die Zukunftschance für eine multiaktive Leistungsgesellschaft, in der alle etwas leisten und Erfolgserlebnisse haben können.“ Das gesellschaftliche Leistungsprinzip, in der Nach-68er-Zeit höchst frag- und diskussionswürdig geworden, erlebt eine Renaissance.

Die Bürger werden Lebensunternehmer. Sie sind bereit, unternehmerische Verantwortung zu tragen – für sich selbst und in der Elternrolle, als Vereins- oder Gemeindemitglied, als Unternehmer am Arbeitsplatz, Freiberufler oder selbstständig Gewerbetreibender. Insbesondere soziales Engagement gibt eine Antwort auf die Sinnfragen des Lebens. „Es tut gut, gebraucht zu werden“, meinen 43 Prozent der Bevölkerung - die Frauen mehr (46%) als die Männer (39%). Mit zunehmendem Alter verschärfen sich diese Sinnfragen, insbesondere dann, wenn das Ausscheiden aus dem Berufsleben erfolgt. Die Bedeutung des Gebrauchtwerdens heben 36 Prozent der 14-bis 29-Jährigen, aber 55 Prozent der Rentner und Pensionäre hervor.

## MEHR ZEIT ZUM LEBEN: DIE ZUKUNFTSHOFFNUNG

Auf der Suche nach Lebenssinn diesseits und jenseits des Erwerbs ist die Bevölkerung mittlerweile fündig geworden. Die Zukunftshoffnungen richten sich auf den Wunsch nach mehr Zeit zum Leben. Und das heißt:

- Mehr Zeit für sich. Millionen von Bundesbürgern wünschen sich, in Zukunft mehr Zeit für Muße (46%), Hobbys (44%), Sport (18%) und Reisen (31%) zu haben.
- Mehr Zeit für andere. Soziale Bezüge können künftig für die Sinnerfüllung des Lebens an Bedeutung gewinnen. Dabei dominiert die Hinwendung zu Familie (51%) und Freunden (43%).
- Mehr Zeit zum Tätigsein. Auch in Zukunft gibt es genug zu tun - nur nicht immer gegen Geld. Weil die Menschen mehr Zeit, aber weniger Geld zur Verfügung haben, werden Do-it-yourself (11%) und Gartenarbeit (29%) einen Teil des Geldverdienens ersetzen müssen. Aber auch Nebenjobs (9%) und Handwerksarbeiten im Freundes- und Bekanntenkreis (6%) werden gefragt sein.
- Mehr Zeit zur Weiterbildung. Der Kulturbereich (22%) und Bildungsangebote (27%) könnten sich in Zukunft expansiv entwickeln, wenn die Bundesbürger ihre Wunschvorstellungen Wirklichkeit werden lassen.

Professor Opaschowski: „Die Bürger haben es selbst in der Hand, wie sie morgen leben werden, ja leben wollen. Die Zukunft beginnt jetzt.“

### Das Buch

HORST W. OPASCHOWSKI

DEUTSCHLAND 2020.  
Wie wir morgen leben  
Prognosen der Wissenschaft

520 Seiten/89 Grafiken/Sachregister  
ist ab sofort im Buchhandel erhältlich:  
ISBN 3-8100-4168-8 VS Verlag für Sozialwissenschaften  
Wiesbaden 2004  
39,90 Euro